



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 29. März 2012
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*92. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 28. März 2012, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Nach einer Aussprache erteilte der Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW der Landesregierung die **Zustimmung**, die aus der Anlage zu [Umdruck 17/3875](#) (neu) hervorgehenden **haushaltstechnischen Umsetzungen** vorzunehmen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW bei Enthaltung der Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder**, [Drucksache 17/2342](#), anzunehmen.

Einstimmig empfahl er dem Landtag außerdem, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zuständigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg in Staatsschutz-Strafsachen**, [Drucksache 17/2343](#), anzunehmen.

Seine Beratungen zu den Gesetzentwürfen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksachen 17/2358](#) und 17/2359, verschob er auf seine nächste Sitzung am 18. April 2012 und bat den Direktor des Landtages, zum Gesetzentwurf in der [Drucksache 17/2359](#) Stellung zu nehmen.

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Gesetzentwurf zum **Schutz der Versammlungsfreiheit für das Land Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1955](#), vertagt.

Der Ausschuss verschob die Beratung folgender Punkte auf seine Sitzung am 18. April 2012 und nahm in Aussicht, zu ihnen dem Plenum zu seiner April-Tagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten:

- a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Grundsätze zur Entwicklung des Landes (Landesentwicklungsgrundsatzgesetz)**
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
[Drucksache 17/1359](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung landesplanungsrechtlicher Vorschriften**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2048](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines Beteiligungs- und Kostenfolgeabschätzungsverfahrens nach Artikel 49 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2150](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2151](#)
- a) **Jugendkriminalität in Schleswig-Holstein - Schaffung einer Jugend-Taskforce**
Bericht der Landesregierung - [Drucksache 17/665](#)
- b) **Bericht der Landesregierung über das Programm Jugend-Taskforce (Teil 2) und Stellungnahme der Landesregierung: Der Jugendkriminalität früh, konsequent und gemeinsam begegnen: Jugend-Taskforce**
[Drucksache 17/1614](#)
- a) **Initiative für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein**
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP - [Drucksache 17/1190](#) Nr. 7
Änderungsantrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/1214](#)
- b) **Initiative für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein**
Bericht der Landesregierung - [Drucksache 17/1540](#)
- **Keine anlasslose Speicherung aller Telefon- und Internetverbindungsdaten**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - [Drucksache 17/1354](#)
- a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung**
Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD -
[Drucksache 17/1979](#)
- b) **Einsetzung eines Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**
Antrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/1894](#)

c) Korruption macht nicht an Ländergrenzen halt - Für ein gemeinsames Korruptionsregister Hamburg - Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/1893](#)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW - [Drucksache 17/1993](#)

- Möglichkeiten der norddeutschen Kooperation bei Gesetzesvorhaben prüfen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP - [Drucksache 17/2351](#)

- Einrichtung einer Parlamentarierkonferenz zur Optimierung der Kooperation in Norddeutschland

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP - [Drucksache 17/2352](#)

- Netzneutralität in Europa sichern

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

[Drucksache 17/1278](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP - [Drucksache 17/1326](#)

Die Ausschussmitglieder kamen außerdem überein, ihre Sitzung am 18. April 2012 schon um 12 Uhr zu beginnen.

Die Ausschussmitglieder baten um nachrichtliche Einladung zu der vom Petitionsausschuss für den 17. April 2012 geplanten Anhörung zu den Volksinitiativen „Für vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen“, [Drucksache 17/2240](#), und „Für Volksentscheide ins Grundgesetz“, [Drucksache 17/2239](#).

Schluss: 14:45 Uhr

gez. Dörte Schönfelder